Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/02/2021

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und
Planungsausschusses am 03.03.2021,
Ahrensburg, Sporthalle des Schulzentrums Am Heimgarten,
Reesenbüttler Redder 4 - 10, 22926 Ahrensburg

Beginn der Sitzung : 19:01 Uhr
Ende der Sitzung : 20:59 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Markus Kubczigk

Stadtverordnete

Herr Gerhard Bartel
Frau Carola Behr
Herr Uwe Gaumann
Herr Rolf Griesenberg
Frau Susanna Hansen
Frau Nadine Levenhagen
Herr Wolfgang Schäfer
Herr Erik Schrader
Herr Dr. Detlef Steuer

i. V. f. Herrn Falke

Bürgerliche Mitglieder

Herr Burkhard Bertram
Herr Stefan Gertz
Herr Klaus Goldbeck

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Tim Grammerstorf

Kinder- und Jugendbeirat /
--- öffentlicher Teil ---

Verwaltung

Herr Peter Kania
Herr Konstantin Niewelt
Herr Stephan Schott
Herr Finn Blunck
Herr Ulrich Kewersun

--- öffentlicher Teil ---
Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 1/2021 vom 17.02.2021
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
--- k e i n e ---
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Vorstellung und Verfahrensstand zum On-Demand-Verfahren ioki
 - 7.2.2. Neugestaltung des Kreuzungsbereiches Wulfsdorfer Weg / Rudolf-Kinau-Straße / Katzenbuckel
8. Anfrage der FDP-Fraktion zu Strafzinsen im Rahmen der Städtebauförderung **AF/2021/001**
9. Beschilderungskonzept Velorouten Ahrensburg **2021/004**
10. Bebauungsplan Nr. 108 "Fischerei-Institut Wulfsdorf", für das Gebiet östlich des B-Plans 70B ("Allmende") sowie westlich und nördlich des B-Plans 70a ("Wilde Rosen")
-Grundsatzbeschluss zur Aufstellung des B-Plans **2020/136**
11. Absichtserklärung (Letter of Intend) mit der Gemeinde Siek zur Gewerbegebietsentwicklung in Ahrensburg und Siek **2020/129/1**
12. Antrag der WAB-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur regelmäßigen Berichterstattung im Bau- und Planungsausschuss zum On-Demand-Verkehr **AN/011/2021**
13. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Vorbehaltensnetz sowie anderen verkehrsspezifischen Fragen **AF/2021/004**
14. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Geschwindigkeitsüberwachung, zur Umsetzung des Lärmschutzes und der Rotlichtüberwachung **AN/018/2021**

15. Anfragen, Anregungen, Hinweise
- 15.1. Baustelleneinrichtung in der Straße Gartenholz
- 15.2. Reparatur der Außenbeleuchtung des Schlosses

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Herr **Peter Körner** verliest die der Anlage zum Protokoll zu entnehmenden Hinweise und Fragen. Die Stellungnahme der Verwaltung zur Verkehrsberuhigung in Ahrensfelde erfolgt im Nachhinein.

Anmerkung der Verwaltung:

In der inzwischen ergangenen Antwort wird auf die eigentliche Stellungnahme in der BPA-Sitzung am 17.02.2021 verwiesen und darüber hinaus festgestellt:

„Aktuell sei mitgeteilt, dass der III. Nachtragshaushalt für das Jahr 2021 inzwischen von der Stadtverordnetenversammlung am 01.03.2021 beschlossen wurde und noch der Genehmigung bedarf. Hierzu wurden zwar die oben genannten Finanzmittel berücksichtigt, gleichzeitig jedoch als eine Priorität gesetzt, in dem die Anpassung bei der Kreisverkehrsanlage Brauner Hirsch / Dänenweg zeitlich vorgezogen wird.

Da beide Maßnahmen aus heutiger Sicht mit einer Vollsperrung des Straßenzuges verbunden sein werden, ist auch aus Rücksicht auf die einzurichtenden Umleitungen eine gleichzeitige Realisierung ausgeschlossen.

Im Übrigen weise ich nochmals auf die begrenzten Personalkapazitäten im Fachdienst IV.3 Straßenwesen hin, die sich in absehbarer Zeit nicht lösen lassen dürften.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Stephan Schott auch unter der telefonischen Durchwahl 04102 / 77-284 zur Verfügung.“

Frau **Bernadette Kehlborn** und Frau **Vanessa Hille** beziehen sich auf TOP 10 mit dem angestrebten Aufstellungsbeschluss für das Gelände „Fischerei-Institut Wulfsdorf“.

Zum einen wird angeboten, eine Gruppe von rund 50 Personen und deren über Jahre entwickelten Gedanken zur Verwirklichung des ökologischen Bauens, gemeinschaftlichen Wohnens und der Integration in die Dorfgemeinschaft kennenzulernen. Für das Angebot bedankt sich die Verwaltung, verweist jedoch auf die später vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten im Bauleitplanverfahren und das von der FHH als Grundeigentümerin angestrebte Vergabeverfahren, dem vom städtischer Seite nicht vorgegriffen werden darf. Zum anderen betont die Verwaltung auf Nachfrage zur verkehrlichen Erschließung des Quartiers, dass die Erneuerung des Bornkampsweges geplant sei, der Wulfsdorfer Weg für den motorisierten Individualverkehr weiterhin nicht in Richtung Ahrensburg-West durchfahren werden darf und der Verlauf des Radschnellweges zwischen Volksdorf und Ahrensburg diskutiert wird.

Herr **Andreas Hausmann** äußert sich als Interessenvertretung Ahrensburger Kamp e. V. zu TOP 11 der heutigen Sitzung und bittet die Gremien darum, der Absichtserklärung mit der Gemeinde Siek nicht zuzustimmen. Ähnlich wie bei der zunächst diskutierten Wohnbaupotentialfläche entlang der Stadtgrenze zu Großhansdorf sei mit der Realisierung der Gewerbeflächen der Landschaftsschutz beeinträchtigt und mit zusätzlichem Lärm zu rechnen. Zudem wäre der Lärmschutz entlang der BAB A1 tangiert und die verkehrliche Erschließung unverhältnismäßig aufwendig.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde.

4. **Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses**

Der Vorsitzende verliest folgende Mitteilung:

Der BPA hat im nicht öffentlichen Teil seiner Sitzung am 17.02.2021 zur erstmaligen Erschließung des südlichen Hugo-Schilling-Weges folgendem **Beschlussvorschlag** der Vorlagen-Nr. 2020/110 zugestimmt:

„Der in der Beschlussvorlage und den anliegenden Ausbauplänen (**Anlagen 3 – 7**) dargestellten erstmaligen Herstellung des südlichen Hugo-Schilling-Weges im Bereich zwischen der Hansdorfer Straße und dem Wendehammer Hugo-Schilling-Weg wird zugestimmt.“

5. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 18.02.2021 vorgeschlagenen Tagesordnung und gibt bekannt, dass der nicht öffentlich zu beratende TOP 17 auf Wunsch der Verwaltung vertagt werden solle und empfiehlt wie angekündigt, die Tagesordnungspunkte 16 und 18 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.

Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des BPA-Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den genannten Tagesordnungspunkten abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 12 dafür
 1 dagegen (SPD)**

Der Bau- und Planungsausschuss hat insofern mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zugestimmt.

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die Einwohnerfragestunde, regt zunächst an, eine fragende Person unter dem betreffenden TOP 10 als Sachverständige zu hören, und zieht diesen Vorschlag aber zurück, nachdem geklärt worden ist, dass eine Beteiligung erst später im Bauleitplanverfahren vorgesehen ist und eine Anhörung negative Auswirkungen auf eine Teilnahme an der von der Grundeigentümerin angestrebten Konzeptvergabe haben könnte.

Letztlich wird über die gesamte Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 1/2021 vom 17.02.2021

Keine Einwendungen; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *keine* —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Vorstellung und Verfahrensstand zum On-Demand-Verfahren ioki

Herr Finn Blunck stellt sich als seit Dezember 2020 bei der Stadt Ahrensburg tätiger Projektmanager für den zunächst befristeten On-Demand-Verkehr vor und berichtet anhand des als **Anlage** beigefügten Vortrages über den aktuellen Verfahrensstand beim Einsatz der sogenannten ioki-Fahrzeuge im Stadtgebiet (vgl. auch Beratung zu TOP 12).

Der Vortrag wird insbesondere ergänzt um die Mitteilungen, dass

- über den On-Demand-Verkehr gegenüber den Linienbussen auch viele neue Stadtteile erschlossen werden, wie Wulfsdorf am Wochenende und Ahrensfelde,
- die Zahlungsmöglichkeiten erst kürzlich erweitert wurden und Guthabenkarten im Peter-Rantzau-Haus zu erwerben sind und
- die Werbung für den ÖPNV pandemiebedingt ausgesetzt wurden, die Anregung einen Flyer mit der Darstellung der Zahlungsmöglichkeiten zum Abbau von Hemmnissen insofern erst in Kürze aufgegriffen werden kann.

7.2.2. Neugestaltung des Kreuzungsbereiches Wulfsdorfer Weg / Rudolf-Kinau-Straße / Katzenbuckel

Die Verwaltung bezieht sich auf den Umbau des Knotens Wulfsdorfer Weg / Rudolf-Kinau-Straße / Katzenbuckel, der auf Grundlage der Vorlagen-Nr. 2019/131 Ende 2019 vom BPA beschlossen wurde und dessen Realisierung nach ausgewertetem Ausschreibungsergebnis unmittelbar bevorsteht.

Das bei der Ausführungsplanung hinzugezogene Ingenieurbüro habe den Beschluss bestmöglich umgesetzt, wobei die verschiedenen vorhandenen Verkehre einschließlich des geplanten Radschnellweges mit ihren Belangen abgewogen, in Einklang gebracht und nur in begründeten Fällen kleinere Abweichungen von den Richtlinien zum Straßenbau vorgenommen worden sind.

So musste der Minikreisverkehr – wie bereits in Anlage 3 der damaligen Vorlage dargestellt – etwas nach Norden verschoben werden mit dem Ziel, zwar noch die Geschwindigkeit des Kfz-Verkehrs im Wulfsdorfer Weg in West-Ost-Richtung zu reduzieren, jedoch mindestens zwei Meter breite Gehwege zu gewährleisten. Die Situation auf den Nebenanlagen werde sich ohnehin durch die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht verbessern. Eingeplant sei ebenfalls die Erneuerung der dann barrierefreien Bushaltestellen. Zugesagt wird auch während der Bauausführung weitere kleinere Optimierungen vorzunehmen, ohne die Grundzüge der Bauausführungsplanung in Frage zu stellen. Nach der kurzfristigen Auftragsvergabe soll mit dem Bau, der drei bis vier Monate Zeit in Anspruch nehmen dürfte, unmittelbar nach den Osterferien Schleswig-Holsteins begonnen werden.

Während dieser Phase ist eine Vollsperrung bei Aufhebung der Einbahnstraßen-Anordnung in der Rudolf-Kinow-Straße, der großräumigen Umleitung über die Hamburger Straße und neuer Buslinienführungen erforderlich.

Abschließend bedanken sich Ausschussmitglieder für das Engagement von fachkundigen Einwohnern bei diesem Projekt; hinterfragt wird insbesondere aus Sicht der Barrierefreiheit, ob bei diesem Neubauvorhaben nicht zwingend 2,5 Meter breite Gehwege anzulegen sind.

8. Anfrage der FDP-Fraktion zu Strafzinsen im Rahmen der Städtebauförderung

Der Antragsteller nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (vgl. **Anlage**) zur Kenntnis. Die wiederholte Anfrage wird damit begründet, dass die bereits im letzten Jahr erwähnte Initiative, die Rechtslage zu ändern, tatsächlich bald umgesetzt und damit Klarheit bei den betroffenen Kommunen geschaffen wird. Die Parteien werden gebeten, über ihre politischen Kanäle für diese Gesetzesanpassung zu werben.

9. Beschilderungskonzept Velorouten Ahrensburg

Die Verwaltung verweist auf den Sachverhalt der Vorlage und stellt einen Papierausdruck in Originalgröße des Wegweisungsschildes vor. Nachdem auf Nachfragen versichert worden ist, dass im Nachhinein Schilder zum Ersatz oder zur Ergänzung nachbestellt werden können, wird über den **Beschlussvorschlag** entschieden:

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt dem vorgestellten Beschilderungskonzept der Velorouten zu.

Mittel in Höhe von rund 163.000 € stehen in den Produktsachkonten 54100.522100, 54200.522100 und 54300.522100 für die Maßnahme zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

12. Antrag der WAB-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur regelmäßigen Berichterstattung im Bau- und Planungsausschuss zum On-Demand-Verkehr

Die Antragsteller zeigen sich verwundert über die Stellungnahme der Verwaltung (vgl. **Anlage**), da ioki im Rahmen der Präsentation ihrer Machbarkeitsstudie in der BPA-Sitzung am 21.10.2020 den Eindruck vermittelt habe, den BPA über das zeitnahe Bereitstellen von Daten auf dem Laufenden zu halten und das Projekt angesichts der Ideen der Selbstverwaltung gemeinsam weiter zu entwickeln.

Die Verwaltung verweist hingegen auf die im Reallabor Hamburg abgestimmte Kommunikationsstrategie, wonach die vorliegenden Rohdaten für die einzelnen Teilprojekte in aufbereiteter Form später gemeinsam veröffentlicht werden sollten. Angeregt wird von Ausschussmitgliedern künftig den nicht öffentlichen Sitzungsteil für die Zwischenbekanntgabe zu nutzen, auch wenn gewisse Daten nicht vorliegen oder als personenbezogene Daten nicht präsentiert werden dürfen.

In der weiteren Aussprache bemerken die interessierten Ausschussmitglieder, dass es ihnen nicht um den Algorithmus des On-Demand-Verkehrs gehe aber um die Daten zur kurzfristigen Beantwortung etwa der Frage, ob die richtigen Zielgruppen das Angebot in gewünschtem Umfang nutzten oder das Angebotsgebiet ausgeweitet werden kann. Angesichts des Versuchszeitraumes von nur einem Jahr sollte ein Bericht alle drei Monate vorliegen.

Letztlich kommt man überein, den Antrag zurückzuziehen bei gleichzeitiger Aufforderung der Verwaltung, den Inhalt des Antrages an ioki, Reallabor und die vor Ort tätige VHH weiterzuleiten, um mit Nachdruck auszuloten, ob die Informationen daraufhin angepasst werden können und auch früher als zum geplanten Termin im Mai zur Verfügung stehen können.

13. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Vorbehaltsnetz sowie anderen verkehrsspezifischen Fragen

Nach einer kurzen Erläuterung der Anfrage, die noch nicht schriftlich beantwortet werden konnte, bittet die Anfragende zum Verfahren, dass zunächst die Antworten erstellt / verteilt werden und die Fraktionen anschließend ausreichend Zeit zur internen Beratung haben, bevor das Thema erneut auf die Tagesordnung des BPA gesetzt und damit beraten wird.

14. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Geschwindigkeitsüberwachung, zur Umsetzung des Lärmschutzes und der Rotlichtüberwachung

Wie die Antragstellerin berichtet, gehe es bei der Aufforderung an die Verwaltung noch nicht um ein Umsetzungskonzept mit den finanziellen und personellen Auswirkungen, sondern um einen allgemeinen Erfahrungsaustausch mit der Stadt Norderstedt, die diese Aufgabe über mehrere Jahre vom Kreis Segeberg übernommen hatte. Insofern stoße die Stellungnahme der Verwaltung (vgl. **Anlage**) mit dem Verweis auf den zuständigen Hauptausschuss zum jetzigen Verfahrensstand auf Unverständnis.

Bevor über den nachfolgenden **Antrag** entschieden wird, regt der BPA an, den Erfahrungsaustausch gegebenenfalls während einer Sitzung des BPA vorzunehmen:

Die Verwaltung wird aufgefordert mit der Stadt Norderstedt Gespräche aufzunehmen, um Erfahrungen im Rahmen der Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung, zur Umsetzung des Lärmschutzes und der Rotlichtüberwachung zu sammeln und aufzubereiten.

Insbesondere sollen folgende Informationen erfragt werden:

- Welche Schritte waren notwendig um die Verkehrsüberwachung zu übernehmen?
- Wie hoch sind die Personal-, Anschaffungs- und Folgekosten?
- Erfahrungswerte über die Wirksamkeit z. B. Einhaltung von Tempolimit.
- Welche technischen Ausstattungen und welches Personal werden benötigt?

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

15. Anfragen, Anregungen, Hinweise

15.1. Baustelleneinrichtung in der Straße Gartenholz

Wie ein Ausschussmitglied berichtet, werde bei einem Gebäude in der Straße Gartenholz das Dach saniert und in diesem Zuge durch eine mobile Toilette der Gehwegbereich offensichtlich ohne Genehmigung genutzt. Die Verwaltung sagt zu, diese Sondernutzung kurzfristig zu beenden.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Eigentümer des Grundstückes Gartenholz Nr. 59 sind aufgefordert worden, die nicht genehmigte Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraumes unverzüglich zu beenden.

15.2. Reparatur der Außenbeleuchtung des Schlosses

Ein Ausschussmitglied bittet, Kontakt zur Schlossstiftung aufzunehmen und bei ihr anzuregen, die offensichtlich defekten Strahler zur Beleuchtung des Ahrensburger Schlosses zu reparieren.

gez. Markus Kubczig
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer